

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/66

Bonn, den 31. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Hier liegt der Hebelpunkt	119

Die Sowjetunion und die Verantwortung für Deutschland

Von Herbert Wehner, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

4	Milchmädchen-Rechnungen	20
---	-------------------------	----

"Wenn wir mehr arbeiten würden..."

4	"Gießkanne"	30
---	-------------	----

Schöventörchen anstelle notwendiger Strukturmaßnahmen

5 - 6	Zonenrandhilfe - so oder so ?	84
-------	-------------------------------	----

Herr Merde schreibt Briefe...

Von Klaus Rusticus, Hannover

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Der SED-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 1. September 1965 eine Reportage von G. Markscheffel mit dem Titel

Brandt prägt neuen Stil deutscher Politik

Beobachtungen während der Wahlkampfreise  
des Kanzlerkandidaten der SED

\*\*\*\*\*

Hier liegt der Hebelpunkt

Die Sowjetunion und die Verantwortung für Deutschland

Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Das deutsche Volk hat eine bittere Periode von 1952 bis etwa in das Jahr 1960 erlebt, in der die einen bewiesen wollten, die sowjetischen Noten aus den Jahren 1952 bis 1955 hätten uns die Einheit gebracht, während die anderen behaupteten, diese Periode sei genauso kommunistische Täuschung und Täuschung wie heute. Einen Gewinn hat aus diesen Diskussionen niemand ziehen können, denn niemand kann die Vergangenheit zurückholen. Ich habe nicht zu denen gehört, die die Meinung vertreten, die sowjetischen Noten aus dieser Zeit seien etwas, das man ohne Prüfung hätte annehmen können. Ich habe immer damit gerechnet, daß die Sowjets ihre eigenen Ziele verfolgen und daß es ihnen vielleicht auch in dieser Zeit nur darauf ankam, Verteidigungsbündnisse des Westens aufzuhalten oder gar zu verhindern. Der Vorwurf, den Geschichtsschreiber nach langem Abstand eines Tages gegen die damals antisowjetische Bundesregierung erheben werden, wird sicherlich der sein, daß die Regierungen unter Adenauer von vornherein erklärt haben, die sowjetische Haltung in diesen Jahren sei nur Tarnung und Fälschung, ohne am Verhandlungstisch wirklich auszuloten, was damals die sowjetische Haltung wirklich bedeutete oder welche Verhandlungsmargen "drin lagen". Auch die glasklare Feststellung: Nichts hätte uns viel erspart.

Aber Vergangenes bringt niemand zurück. Wer wahrhaft um die Einheit ringt, der muß von der Lage ausgehen, wie sie heute ist. Die offizielle Deutschlandpolitik der Bundesregierung scheitert an einer Barriere: was immer sie vorschlägt, sie hört von den Sowjets und von den Machthabern in Pankow, die Viermächte-Verantwortung besteht nicht mehr, wenn die Deutschen Wünsche hätten, dann sollten sie sich an Pankow wenden, weil die Zuständigkeit bei den "beiden deutschen Staaten" läge.

Und so haben wir den unfruchtbaren Zustand, daß seit 1955 die deutsche Frage in internationalen Gesprächen und Konferenzen überhaupt nicht mehr behandelt wird. Noterwechsel befriedigen oft Propagandabedürfnisse - mehr nicht. Seit 1955 aber haben die Sowjetunion und die Sowjetzone in Abstimmung manches getan - und manches erreicht - um die Salami-Taktik gegenüber dem freien Teil von Berlin wirksam werden zu lassen.

Gewiß, bis heute hat das nicht dazu geführt, daß die sogenannten lebenswichtigen Essentials in Frage gestellt worden sind, aber auch steter Tropfen kann den Stein höhlen, wenn man nicht wachsam ist und energisch dagegen auftritt.

Aus diesem Zustand müssen wir endlich heraus, wenn wir nicht immer nur die anderen agieren lassen und selber nur reagieren - und manchmal schwächlich.

Die Sowjetunion leugnet zwar heute vieles von dem, wozu sie sich feierlich und völkerrechtlich 1945 verpflichtet hat. Es gibt aber

keine Note und keine Erklärung, in der sie ihre Verantwortung in der Grundfrage deutscher Politik an andere, geschweige denn die Machthaber in Pankow, abgetreten hat. Das ist ihre Verantwortung für den Friedensvertrag. Diese Verantwortung kann und wird die Sowjetunion nach menschlichen Ermessen auch niemals abtreten, und hier liegt der Hebelpunkt, um die deutsche Frage wieder in das internationale Gespräch zu bringen.

Ich weiß, kleinnütige Geister warnen vor einer solchen Politik und weisen darauf hin, daß die Vorstellungen der Sowjetunion über einen deutschen Friedensvertrag diametral den unseren entgegengesetzt sind. Und trotzdem: wer diesen Versuch nicht wagt, der wird in der Ohnmacht verharren, daß andere Tatsachen setzen und wir Protestnoten versenden.

Es kommt ein zweiter Einwand, nämlich der, gerade eine deutsche Regierung dürfe solche Grundsätze nicht erarbeiten, weil man dann Positionen preisgibt, die man wenigstens völkerrechtlich aufrechterhalten müsse. Die so argumentieren, verkennen einmal den politischen Sinn einer solchen diplomatischen Aktion, sie gehen aber auch davon aus, daß es Deutsche gäbe, die bereit wären, Lebensinteressen unseres Volkes preiszugeben, ehe man noch am Verhandlungstisch sitzt.

So würde die Sozialdemokratische Partei niemals verfahren. Sie ist bereit, wenn die Wiedervereinigung stufenweise vereinbart werden kann, über vieles zu reden; den künftigen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands, die Wirtschaftsprobleme, die dann zwischen Ost und West entstehen, auch über wirtschaftliche Leistungen, die wir für die Wiedervereinigung zu erbringen haben, aber diese Partei wird niemals Lebensrechte des ganzen Volkes preisgeben, und sie wird auch um jeden Quadratmeter deutschen Bodens und um das Heimatrecht ringen.

Man sollte nicht verkennen, daß ernsthafte Diskussionen über einen deutschen Friedensvertrag die politische Landschaft in Europa grundsätzlich verändern können. Manche Fragen werden sich eben anders stellen und die Probleme des Heimatrechts und des europäischen Volksgruppenrechtes können dann wahrscheinlich konstruktiver behandelt werden, als das heute der Fall ist.

Es gibt nicht wenige ausländische Beobachter, die heute immer wieder fragen: Will denn dieses deutsche Volk eigentlich noch die Wiedervereinigung? Ja, das will es, und niemand soll sich darüber täuschen, daß solche nationalen Probleme von keinem Auto, keinem Kühlschrank und keiner Fernsehtruhe erdrückt werden können. Das sollte jeder in Rechnung stellen, daß der Wille zur Wiedervereinigung nicht erlahmt ist, sondern - vor allem in der Jugend - immer stärker wird.

Aber wir gehören nicht zu denen, die Illusionen wecken, sondern die nüchtern sagen, daß die Strecke zu diesem Ziel dornig, lang und steinig ist. Durststrecken sind am schwierigsten zu überwinden. Was müssen wir tun?

- \* 1. Der Ulbricht'schen Teilungsabsicht immer entgegensetzen:
- \* 2. Wir sind ein Volk, wir lassen uns nicht trennen. Die Nation
- \* 3. steht höher als irgendwelche kommunistische Bewußtseinslagen

- \* 2. Vor allem unsere Freunde müssen wissen, daß wir uns nicht  
\* - wie das Kodewort lautet - "abgefunden" haben. Wer auf dieses  
\* Geschwätz hört, wird sich im deutschen Volk täuschen.
- \* 3. Niemand dürfen wir herausfordernd auftreten, sondern mit Maß  
\* und Festigkeit einen Anspruch vertreten, auf den alle Völker in  
\* der Welt ein Recht haben, seitdem es in der Charta der Vereinten  
\* Nationen verbürgt worden ist: das Selbstbestimmungsrecht.  
\* Es ist unteilbar.
- \* 4. Da niemand erwarten kann, daß die Einheit von heute auf mor-  
\* gen kommt, ist die Politik der kleinen Schritte um so wichtiger,  
\* denn sie erhält die Basis. Je mehr Menschen zueinander kommen  
\* und abseits vom Vokabular spüren, daß sie Deutsche sind, desto  
\* fester ist unser Zusammenhalt als Nation. Kein Sozialdemokrat  
\* wird sich dabei dazu hergeben, den Staatlichkeitsanspruch der  
\* anderen Seite Vorschub zu leisten. Das haben Sozialdemokraten  
\* bisher nicht getan, gerade sie haben Erfahrung, um dem in der  
\* richtigen Weise zu begegnen. Den Menschen helfen - ja - aber  
\* nichts vorwegnehmen, was in Friedensvertragsverhandlungen ge-  
\* hört.

Das, was ich hier ausführe ist kein Patentrezept und keine Heils-  
botschaft, sondern im Gegenteil eine Anleitung für harte, rüchterne  
und schwierige Arbeit. Ich stehe zu meinem Wort, daß in Lebensfragen  
der Nation alles Errennende beiseite geschoben werden muß. Deshalb ist  
jeder eingeladen und aufgefordert, diese Gedanken zu ergänzen und mit-  
zuhelfen, daß wir nach zehn Jahren der Stagnation und des Rückschritts  
in der deutschen Frage wieder freieres Wasser gewinnen.

+ + +

"Die Gegner, die Ludwig Erhard in diesem Wahlkampf bekämpfen  
muß, sind nicht nur allein die Sozialdemokraten, sondern auch die  
Christlichen Demokraten, besonders die Gruppen aus seiner eigenen Par-  
tei, die von Adenauer, Strauß und Gerstenmaier geführt werden und die  
Erhard vorwerfen, eine falsche Politik Frankreich gegenüber zu betrei-  
ben und sich den Vereinigten Staaten völlig unterzuordnen, und so die  
Bundesrepublik in eine vollständige Isolation treiben. Diese Gegner  
sind schlimmer als die anderen, weil Erhard sie in eigenen Haus hat  
und weil sie nicht mit offenem Visier kämpfen..."

Es klingt paradox, aber es ist ein gutes Stück Wahrheit darin,  
wenn man behauptet, daß dieser Wahlkampf in die Geschichte eingehen  
könnte als Kampf aller gegen Erhard. Die Sozialdemokraten bekämpfen  
Ihr aus verständlichen Gründen, sie stehen in der Opposition und wol-  
len in die Regierung. Aber auch die Christlichen Demokraten - oder  
eine starke Gruppe von ihnen, eine entscheidende Gruppe - versuchen,  
Ihr in Schwierigkeiten zu bringen, um seine Rückkehr ins Palais  
Schaumburg zu verhindern..."

Corriere della Sera (26.8.)

+ + +

"...Die bisher ungeschlagene Christlich-Demokratische Partei  
könnte die Wahlen vom 19. September genau deshalb verlieren, weil  
der Deutsche Wähler ihre Gruppenkämpfe satt hat..."

The Economist (26.8.)

+ + +

### Milchmädchen-Rechnungen

sp - "Wenn wir eine Stunde in der Woche mehr arbeiten würden, könnten wir 532 116 Gastarbeiter einsparen." So genau wußte es CDU-Landtagsabgeordneter Heinz Schmitz, der auf einer Mittelstandsversammlung in Bad Godesberg sprach. Und ähnliche "Rechnungen" pflegt sogar der Bundes-Halbzeit-Kanzler Erhard aufzumachen. - Es sind Milchmädchen-Rechnungen primitivster Art, die aufgemacht werden, vor Unternehmern Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen.

In Wahlinsinuationen dagegen, die sich in erster Linie an Arbeitnehmer wenden, tönt die CDU/CSU ganz anders. Da steht zu lesen: "Bis zum Jahre 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 DM steigen, seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen." Ob das der CDU-Landtagsabgeordnete Heinz Schmitz nicht wußte? Er hätte dann auch noch ausrechnen können, was - nach seiner ersten "Rechnung" - diese CDU-Erognose für 1975 bedeutete: 4,5 Millionen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.

Natürlich ist das eine wie das andere falsch, weil es die Auswirkungen der Automation nicht berücksichtigt - und vieles andere auch nicht. Aber mit derartig unseriösen Rechenkunststücken möchte man die Wahl gewinnen. Selbst die "Frankfurter Allgemeine" bescheinigte der CDU/CSU, daß sie mit den Feuer spielen und "windige Wahlwechsel" ausgestellt habe.

### "Gießkanne"

sp - Die Bundesregierung will noch vor dem 19. September mit der Verteilung von 350 Millionen DM "per Gießkanne" beginnen. Zwischen 50 und 3 000 DM werden die Bauern als "Investitionshilfe" erhalten; denn natürlich sind die Löcher in Erhards Gießkanne unterschiedlich groß. Daß es sich hier um eine großangelegte und überaus kostspielige Bauernfängerei der CDU/CSU handelt, liegt auf der Hand - und unzählige Bauern haben das auch erkannt: 50 und auch 100 DM sind doch keine Investitionshilfe. Welche Geräte und Einrichtungen sollen denn mit diesen "Wahlspenden" finanziert werden?

Noch deutlicher wurde die verhängnisvolle und unverantwortliche Gießkannen-Politik des "Kanzlers auf Abruf" dadurch, daß die Bundesregierung jetzt plötzlich bei sinnvollen Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur unserer bäuerlichen Betriebe zu sparen beginnt. Wohl gemerkt: Zur gleichen Zeit, da man daran geht, 350 Millionen DM größtenteils "zu verplempern", teilt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in internen Rundschreiben den Ländern und den Siedlungs- und Rentenbanken mit, daß aus finanziellen Gründen wichtige Strukturpläne zurückgestellt werden müßten.

- \* Das Ministerium hat die zuständigen Stellen angewiesen, die Bewilligungsbescheide für bestimmte Siedlungsvorhaben mit der Einschränkung zu versehen, Zahlungen könnten erst 1966 geleistet werden; die Förderung von Anliegersiedlungen wurden für 1965 eingestellt, Baumaßnahmen an Altgehöften können erst wieder 1966 gefördert werden, dasselbe gilt für Aufstockungsmaßnahmen, die nicht mit Aussiedlungen oder Bauten verbunden sind usw.

Sinnvolle Maßnahmen werden also hintertrieben, unsinnige Wahlschenke aber forciert! Selbst Landwirtschaftsminister Schwarz hat das erkannt, aber sich gegen die Wahlstrategen und gegen Ludwig Erhard nicht durchsetzen können, der einmal mehr die politische Verantwortung über der Wahltaktik vergessen hat.

Zonenrandhilfe ...so oder so?

Herr Mende schreibt Briefe...

Von Klaus Rusticus, Hannover

"Warum werde ich mich mit diesem Brief gerade an Sie, obwohl Sie von einem Minister in Bonn vielleicht nicht erwarten, daß er Ihnen schreibt?" - so leitete Dr. Erich M e n d e mit dem Absender als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen unter dem Datum vom 16. August 1965 einen "persönlichen" Brief an Persönlichkeiten im Zonenrandgebiet ein, in dem bis auf die extra getippte Anrede ("Sehr geehrter Herr...") alles andere "abgezogen" unpersönlich war. An acht Beispielen "von vielen" bemühte sich der "Gesamtdeutsche" nach - oben zitierter - origineller wie auch höchst naiver Anrede, zu begründen, daß die Bundesregierung mit ihrer Zonenrandhilfe "einen wirklichen Schritt nach vorn getan" hätte.

Es ist ein recht gewagtes Unterfangen, mit unzureichenden Hilfen für das Zonenrandgebiet noch parteipolitischen Profit herauszuschinden zu wollen. Dahinter verbirgt sich immerhin der verantwortliche Ressortminister, der bei dieser billigen Wahlpropaganda sogar hinter seinem Namen den näheren Hinweis auf den FDP-Vorsitzenden vergißt. Nur deshalb soll sein "Erlief" nicht unwidersprochen bleiben.

Ähnliche Hilfen wie für Berlin...

Dem "Zivilisationsgefälle" von dem Grenzlandstreifen entlang der 1380 km langen Demarkationslinie zum Westen der Bundesrepublik hin mit ähnlichen Hilfsmaßnahmen zu begegnen wie für West-Berlin, ist eine aus dem Zonenrand nach Bonn gefunkte Forderung. Der niedersächsische DGB hat sie schon vor langer Zeit gestellt, ohne indessen bei der Bundesregierung Gehör dafür zu finden. Mit Recht mußte jedoch der Vorsitzende der Berliner SPD, MdB Kurt M a t t i c k, bei einer Bereisung des niedersächsischen Zonenrandgebietes seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, "daß der Zonenrand nicht wenigstens ein Teil der Hilfen zuteil wurde, wie sie West-Berlin erhält."

Neben Wirtschaftsplan auch kulturpolitische Konzeption...

Mattick unterstrich erneut die These, daß eine wirksame Zonenrandhilfe individuell beurteilt und - darauf aufbauend - ein Gesamtplan entwickelt werden müsse, der neben einer klaren wirtschaftspolitischen Konzeption auch eine kulturpolitische beinhaltet. Von einzelnen Schritten (wie sie der FDP-Vorsitzende in seinem "Brief" adierte) hält der Berliner SPD-Vorsitzende ebensowenig wie verantwortungsbewußte Wirtschaftler und Kommunalpolitiker im Zonenrand.

"Es fehlt an einer Gesamtplanung..."

Was Dr. Mende in seiner Eigenschaft als Minister für Gesamtdeutsche Fragen nicht in seinem unstrittenen Brief erwähnte, schrieb Walter S c h m i d t MdB als Vollversammlungsmittglied der IHK Braunschweig, die federführend für die Arbeitsgemeinschaft der Zonenrandkammern ist, im Kammerblatt für August 1965:

Ausgehend von den Gedanken, die von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Regionalpolitik niedergelegt

worden sind, gelangte MdB Schmidt zu dem Urteil, daß "es in der Bundesrepublik an der von der EWG-Kommission geforderten Gesamtplanung fehlt." Unterstrich die Kommission die Notwendigkeit eines Gesamtprogrammes, so folgte Schmidt sehr richtig und konsequent, daß die Hilfsmaßnahmen für den Zonenrand besser als bisher koordiniert werden müssen. Schließlich deutete Schmidt auch polemisch etwas an, was nicht von der Hand zu weisen ist:

- \* "Die Bundesrepublik sollte sich nicht in die Lage bringen lassen, daß die EWG-Kommission nach Abschluß ihrer Beratungen über eine bessere und fundiertere Konzeption über Förderungsmaßnahmen und Regionalpolitik im Zonenrandgebiet verfügt, als wir selbst!"

#### Die soziologische Differenzierung...

Dr. Erich Wende meinte (in seinem "Brief") seine Reisen durch den Zonenrand hätten doch gezeigt, "wie notwendig die Verstärkung unserer Anstrengungen ist". Er gelangt nicht zu dem Gesamteindruck, den der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen unter Führung seines Vorsitzenden Herbert Wehner auf drei Studienreisen entlang der Demarkationslinie gewann und schließlich in einem Bericht an den Bundestag festhielt: Die Egalisierung des Zivilisationsgefälles vom Osten zum Westen der Bundesrepublik war durch die bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht möglich. Wörtlich hieß es in dem Bericht:

- \* "Das Zonenrandproblem ist ein staats- und nationalpolitisches Problem. Die Förderung des Zonenrandgebietes ist eine politische Aufgabe und ein Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands."

Das trifft den Kern der Sache, die letzten Endes von einem soziologischen Gefälle bestimmt wird. Der Berliner SPD-Vorsitzende betrachtete dies frei von dogmatischem Denken als Bürger der zwei geteilten Stadt. Wenn er es bedauerte, daß dem Zonenrand nicht wenigstens ein Teil der gleichen Hilfen wie West-Berlin zuteil geworden ist, dann gab er unvorkehrlich der Befürchtung Ausdruck, die eigentlich der Minister für gesamtdeutsche Fragen an erster Stelle hätte äußern müssen: Ein soziologisches Gefälle vom freien Teil Berlins über den westdeutschen Zonenrand bis nach Bonn beinhaltet auch den Teil Deutschlands, der im Machtbereich Ulbrichts liegt.

Ein glänzendes Schaufenster im freien West-Berlin kann eines Tages erlöschen, wenn nicht das gleiche "Fenster" am östlichen Rande der Bundesrepublik geöffnet ist. Wie wollen wir Bundesrepublikaner dann den Menschen in Mitteldeutschland, die bei dieser soziologischen Differenzierung am schlechtesten abschneiden, bewußt werden lassen, daß das Verlangen nach Wiedervereinigung keine leere Phrase ist?